

## **eschluss des Landrats vom 30.10.2025**

Nr. 1395

### **30. Finanzielle Unterstützung für Praktikumsplätze in den Geburtshäusern und Hebammenpraxen**

2025/149; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Silvia Lerch-Schneider** (FDP) führt aus, Fachkräftemangel beschäftige viele Branchen. Alle haben mit hohen und steigenden Betriebskosten und schwindenden gut ausgebildeten Arbeitskräften zu kämpfen. Viele sind unter Druck. In Silvia Lerchs Branche gibt es nicht einmal die Möglichkeit für ein langfristiges Praktikum, da es gemäss GAV auf drei Monate beschränkt ist, was die Chance auf ein Praktikumsjahr verhindert. So geht es vielen anderen auch und deshalb sollte man nicht eine Berufsgattung herauspicken, sondern das Thema an der Wurzel angehen und die Bedingungen für handwerkliche Berufe allgemein verbessern, so dass diese wieder attraktiver werden und die Situation somit langfristig verbessert werden kann.

Das erreicht man leider nicht nur durch finanzielle Unterstützung, sondern durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bereits in der Ausbildungsphase. Generell muss man umdenken und diese Berufe aufwerten. Wertschätzung führt zu Attraktivität. Daran muss gearbeitet werden und dort sind Massnahmen zu ergreifen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

**Stefan Meyer** (SVP) berichtet, dass die SVP-Fraktion gespalten sei. Eine Mehrheit lehnt das Postulat ab. Die Bedenken sind ähnlicher Natur wie diejenigen der FDP. Es geht wieder ein bisschen um eine selektive Subventionierung einer ganz spezifischen Branche, was zu neuen Ungleichbehandlungen führt. Zudem hält es die Mehrheit der Fraktion nicht für eine kantonale Aufgabe. Ebenso stellt sich die Frage, ob es der richtige Ort ist, die Bemühungen in den Hebammenpraxen und Geburtshäusern zu intensivieren oder ob es nicht besser bei den Spitälern wäre. Eine Fraktionsminderheit attestiert, dass der Fachkräftemangel existiert, dass man auch vom Bund in nächster Zeit nicht wahnsinnig viel erwarten kann und die Hebammen bei der Pflegeinitiative ausgeklammert wurden. Zudem wird anerkannt, dass die Nachfrage nach Hebammen und hebammengeleiteten Niederkünften und Geburtsbegleitungen besteht, weshalb die Minderheit die Überweisung des Postulats unterstützen wird.

**Sven Inäbnit** (FDP) ergänzt, es gehe um gewisse Ungleichbehandlungen. Die FDP-Fraktion sieht nicht ein, weshalb man Privatpraxen Unterstützung für Praktika geben muss, den Spitälern hingegen nicht, obwohl diese ebenfalls wichtige Praktikapartner sind. Zudem müssen Berufe grundsätzlich selbst um Nachwuchs besorgt sein. Dies einfach dem Kanton zu überlassen, ist problematisch. Hier geht es um Hebammen, aber es gibt weitere Gesundheitsberufe, die aus deren Sicht Unterstützung nötig haben. Wo beginnt es und wo hört man auf? Es ist eine gewisse Selbstverantwortung von den Berufen zu erwarten.

Es geht auch nur um einige Praktikumsplätze. Werden die gesetzlichen Grundlagen geändert und die Beträge dann ausbezahlt, handelt es sich entsprechend um einen unverhältnismässig grossen Aufwand für einige Praktikumsplätze. Es erstaunt zudem, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Spitälern offenbar 48 Stunden betragen soll. In den Geburtshäusern sei dies a priori länger. Wo die Frau niederkommen möchte, ist natürlich der Frau überlassen. Es ist aber nicht einzusehen, dass staatliche Mittel für Praktikumsplätze in Geburtshäusern eingesetzt werden, wo

ein längerer Aufenthalt resultiert. Hinzu kommt, dass die Geburtenrate eigentlich sinkt. Dass also ein wahnsinniger Nachfrageüberhang an Geburtshilfe besteht, ist eben auch nicht mehr ganz der Fall. Die Tendenz ist stabil, wenn nicht gar sinkend.

Von FDP-Seite gibt es aber einen Vorschlag: Irgendwo rostet eine Brücke für CHF 11'000 im Jahr vor sich hin. Könnte man diese Brücke verschrotten und diese CHF 11'000 für Praktikplätze einsetzen, wäre die FDP-Fraktion absolut dafür. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion heute also eher für Verhütung als für Geburt – und zwar für die Verhütung des Postulats.

**Tim Hagmann** (GLP) bezweifelt, gleich kreativ zu sein wie die FDP. Es geht um ein Postulat, also um «Prüfen und Berichten». Die GLP-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass dies in diesem Fall angebracht ist. Es ist richtig, dass man sich Gedanken darüber machen muss, wo sich der Staat in die Ausbildung einmischen soll und wo nicht. Allerdings muss man sich bewusst machen, dass es sich beim Gesundheitswesen um einen speziellen Bereich handelt, in dem der Staat eine grosse Rolle spielt. Zudem muss man mit Blick auf die Zahlen sehen, dass hebammenbegleitete Geburten nachgewiesenermassen eine tiefere Komplikationsrate aufweisen. Eine Hebamme kostet weniger als eine Ärztin – insofern ist es auch aus Kostenperspektive sehr attraktiv, wenn genügend Hebammen vorhanden sind.

Sven Inäbnit hat argumentiert, dass die Geburtenrate sinkt. Das ist korrekt. Berücksichtigt man aber das BFS-Szenario 2055, steht dem Baselbiet ein relativ grosser Anteil an Migration bevor. Ein hoher Anteil an Migration führt dazu, dass der Sockel an Kindern nicht automatisch abnimmt. Man kann also nicht einfach davon ausgehen, dass die Geburtenrate nicht weiterhin hoch sein wird. Es besteht lediglich eine schmalere Basis im Verhältnis zu dem, was gezahlt werden muss. Die GLP unterstützt die Überweisung des Postulats.

**Marco Agostini** (Grüne) erklärt, die Grüne/EVP-Fraktion werde das Postulat geschlossen überweisen.

**Andreas Bammatter** (SP) sagt, man solle das eine tun und das andere nicht lassen. Das Postulat soll überwiesen werden.

Manchmal ist hier im Saal von Betroffenheitspolitik die Rede. Andreas Bammatters Tochter hat Jahrgang 1984 und arbeitet seit 20 Jahren in der Pflege. Sie verfügt über das Diplom Niveau 2 und überlegte sich, Hebamme zu werden. Die Ausbildung ist relativ kostspielig, vor allem, wenn man ein Praktikum absolvieren muss. Sie hat zwei Kinder im Alter von 13 und 10 Jahren. Aus finanziellen Gründen kann sie die Ausbildung aktuell nicht absolvieren. Würden diese Praktikumsplätze anders bewirtschaftet, wäre es ihr vielleicht möglich. Deshalb unterstützt Andreas Bammatter die Überweisung des Postulats und die Prüfung des Anliegens explizit. Der Einstieg in den Hebammenberuf muss gefördert und sein Erhalt gesichert werden.

**Regina Weibel** (Die Mitte) stellt fest, dass bislang nur Männer gesprochen haben. Ganz einfach: Die Mitte-Fraktion wird das Postulat überweisen.

**Lucia Mikeler Knaack** (SP) dankt für die interessante Diskussion. Einige Aussagen möchte sie aufnehmen, vor allem in Richtung FDP. Es ist nicht richtig, dass Frauen zum selben Preis länger im Geburtshaus bleiben können. Aber die Geburtshäuser haben mit den Krankenkassen bessere Verträge ausgehandelt als die Spitäler. Die Wirtschaftlichkeit ist also gegeben, was der FDP ja entgegenkommen sollte.

Sven Inäbnit hat an der letzten Landratssitzung im Zusammenhang mit der Ärzteausbildung gesagt, dass diese unterstützt und gefördert werden soll. Explizit hat er betont, dass die Ausbildung nicht allein der Universität überlassen werden soll, sondern dass der Kanton Verantwortung übernehmen und Gelder sprechen muss. Inwiefern unterscheidet sich die Ausbildung von Hebammen

von der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten?

Tim Hagmann hat richtigerweise darauf verwiesen, dass es sich um ein Postulat handelt, womit geprüft und berichtet wird. Der Regierungsrat ist zur Entgegennahme bereit. Hebammen sind systemrelevant. Ob das auch für Silvia Lerchs Beruf gilt, weiss Lucia Mikeler nicht. Entsprechend ist es wirklich wichtig, zum Wohl der Frauen diesen Berufsstand zu fördern. Auch richtig ist, dass die Geburtenrate sinkt. Die Zahlen im Kantonsspital Liestal sind bedenklich. Deshalb braucht es ein Auffanggefäss. Die Geburtshäuser können dies sein. Sie müssen aber qualitativ mithalten und den Frauen Sicherheit geben können. Das wird momentan vor allem durch die Praktikumseinsätze gewährleistet. Dadurch, dass die Spitäler weniger Geburten haben, ist die Anzahl Praktikumsplätze beschränkt. Man kann einer gebärenden Frau nicht zumuten, dass mehrere Personen in Ausbildung bei einer Geburt dabei sind: Assistenzärztinnen, Unterassistentärztinnen und dann noch eine Hebammenstudentin – das geht einfach nicht und muss aufgeteilt werden. Hier gibt es die Möglichkeit, qualitativ hochstehend diesen Hebammen das zu bieten, was die Spitäler zum Teil nicht mehr leisten können. Lucia Mikeler bittet den Rat, das Postulat zu überweisen.

**Urs Roth** (SP) richtet sich ebenfalls an die FDP: Es ist falsch, stets die einzelnen Branchen gegeneinander auszuspielen. Im Gesundheitswesen bestehen besondere Gegebenheiten. Bei der Pflegeinitiative standen verschiedene Berufe im Fokus, die Hebammen allerdings nicht. Auch dort ist aber für genügend Nachwuchskräfte zu sorgen.

An Sven Inäbni: Dieses Postulat ist auf freipraktizierende Hebammen und Geburtshäuser ausgerichtet. Im Rahmen von «Prüfen und Berichten» hat der Regierungsrat aber durchaus die Möglichkeit, sich auch über die Hebammenausbildung im Spital Gedanken zu machen. Das sollte niemanden daran hindern, dieses Postulat nun zu überweisen.

://: Mit 51:27 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

---